

Die Eiche

Er scheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
Anzeigen, die viergespaltene
Reitzelle 20 Pf.
Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Dienstag Mittag.



Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungspreisliste Nr. 2288.
Redaktion und Expedition:
Berlin O. 17,
Münchebergerstr. 15.

des Gewerksvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dunker).

Nr. 46. Berlin, den 14. November 1902. XIII. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an **H. Bahlke**, Berlin O., Müncheberger-Strasse 15, Geldsendungen an **E. Gahner**, Berlin O., Müncheberger-Strasse 15, zu adressieren.

Des Buftages wegen am 19. November sind alle für Nr. 47 der „Eiche“ bestimmten Korrespondenzen bis Montag, den 17. November früh einzusenden.
Die Redaktion.

Volksnoth und Volksvertretung.

Trotz aller Ablehnungen steht die betäubende Thatsache fest, daß die schwere wirtschaftliche Krisis, die vor mehr als Jahresfrist über uns hereingebrochen, nur unwesentlich gemildert worden ist. Im Großen und Ganzen liegen die Verhältnisse noch ebenso schlimm wie im Vorjahre, und es fehlt nicht an düstern und leider nicht unbegründeten Prophezeihungen, daß der herannahende Winter die Fülle der Noth und des Elends noch weit über das vorjährige Maß steigern werde. Und das war doch wahrlich gerade genug! Was aber auch die Zukunft bringen möge, schon jetzt ist Arbeitslosigkeit, völlige oder auch nur theilweise, das Gespenst, das die Wohnungen der Vermissten umkreist. Verminderter Lohn ist in allen Theilen unseres Vaterlandes und fast in allen Erwerbszweigen zu verzeichnen. Da aber die Angehörigen des arbeitenden Standes in der Regel kein anderes Einkommen besitzen, als den Verdienst, den sie durch ihrer Hände Arbeit sich erringen, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als an allen Ecken und Enden zu sparen, die nothwendigsten Bedürfnisse noch mehr als bisher einzuschränken, eine noch kläglichere Lebensweise zu führen.

Diese Noth des Volkes, herbeigeführt durch den ungeheuren wirtschaftlichen Niedergang, ist nun aber noch bedeutend verschärft worden dadurch, daß zu gleicher Zeit die Preise für die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse ganz erheblich in die Höhe gegangen sind. „Im allgemeinen läßt sich eine Neigung zu Preissteigerungen feststellen, die besonders bei Lebensmitteln und vornehmlich bei Fleisch scharf auftritt.“ So schreibt die „Bosfische Zeitung“ in einem Artikel, in welchem die Marktpreise des diesjährigen Septembers mit dem Durchschnittspreise des zehnjährigen Zeitraums von 1889—1898 im Vergleich gestellt werden. Einer beigefügten Tabelle ist zu entnehmen, daß gegenüber dem August 19 Waaren einen höheren, 10 denselben und 10 einen niedrigeren Preis hatten. Also eine Vertheuerung des Lebensunterhaltes findet statt, und zwar zu derselben Zeit, wo das Einkommen eines sehr großen und armen Theils des Volkes wesentlich gesunken ist. Fürwahr traurige Zustände! Da braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn der Konsum an Pferdefleisch rapide zunimmt, wenn die Bestrafungen wegen Obdachlosigkeit und Bagahondirens zahlreicher werden und die Eigenthumsvergehen in letzter Zeit eine Vermehrung erfahren haben, wie sie bisher kaum jemals beobachtet worden ist.

Man sollte doch meinen, daß diese Verhältnisse auch schließlich in den Regierungskreisen bekannt werden und dort den Wunsch erwecken, dagegen einzuschreiten. Diese Annahme ist falsch. Ja, wenn die Arbeiter „nothleidende“ Agrarier wären, die den Mund gehörig aufzureißen verstehen und in allen möglichen hohen Stellungen einflußreiche Vettern sitzen haben, welche die Wünsche der Edelsten der Nation in Erfüllung zu bringen wissen! So aber rührt sich nichts. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Behandlung einer Interpellation, in welcher die Regierung gefragt wurde, welche Schritte sie zur Beseitigung oder Milderung der herrschenden Arbeitslosigkeit zu thun gedenken. Die Besprechung der Interpellation im Reichstag fand im Januar statt und endete mit Vertagung. Jetzt endlich im Oktober kommt die Angelegenheit wieder auf die Tagesordnung, und da zeigt es sich, daß trotz der fruchtbaren Anregungen, die bei der Besprechung am Anfange des Jahres gegeben worden sind, die Regierung auch nicht das Allergeringste geleistet hat. Und was beinahe ebenso befremdlich ist: Trotz der Wichtigkeit des Gegenstandes, obgleich unerhörterweise die Verathung schon einmal eine dreivierteljährige Unterbrechung erlitten hatte, fand sich im deutschen Reichstage keine Majorität für den Antrag, die Frage endlich zu erledigen. Wieder wurde die Verathung der Interpellation abgebrochen und wird nun wohl erst am St. Nimmerleinstage wieder zur Verhandlung kommen.

Während also hier, wo es sich um Schritte zur Beseitigung wirtschaftlicher Noth handelte, eine unerhörte Gleichgültigkeit an den Tag gelegt wurde, zeigte die deutsche Volksvertretung einen außerordentlich regen Eifer, wo es galt, den ohnedies schwer leidenden Schichten der Bevölkerung neue ungeheure Lasten in Gestalt erhöhter Getreide- und Viehzölle aufzubürden. Schon in ihrem Zolltarif-Entwurf hatte die Regierung auf Brodgetreide Zölle angelegt, die eine erhebliche Vertheuerung des Brodes zur Folge haben mußten. Der agrarisch gesinnten Mehrheit des deutschen Reichstages genügte auch das noch nicht. Noch über das von der Regierung gewünschte Maß wurde hinausgegangen und Zölle beschlossen, die selbst für Herrn von Bülow und von Posadowsky „unannehmbar“ sind. Wie unerhört eine solche Stellung der Mehrheitsparteien ist, zeigt sich erst, wenn man bedenkt, daß gerade die allerärmsten Schichten der Bevölkerung am schwersten davon betroffen werden. Denn je ärmer eine Familie ist, um so mehr Brod wird verzehrt, je reicher, um so weniger. In wohlhabenden Kreisen wird aber mehr Gewicht auf Fleisch u. s. w. gelegt. Bekanntlich sind auch die Stullen um so dünner, je zahlreicher eine Familie ist. Kurzum, der Brodverbrauch ist unbedingt erheblich stärker in den minder bemittelten Bevölkerungsschichten; sie sind es also, die in erster Linie und am schwersten von der Erhöhung der Getreidezölle betroffen werden.

Und wie mit dem Brod, so verhält es sich mit dem Fleisch. Freilich der Bedarf an diesem wichtigen Lebensmittel ist in den arbeitenden Kreisen nur unbedeutend. Leider ja! Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wegen des niedrigen Verdienstes einerseits und einer verkehrten Grenzsperrpolitik andererseits die Arbeiter sich

den Genuß desselben nur selten leisten können. Man sollte nur durch geeignete Maßregeln dafür sorgen, daß die Preise für Fleisch heruntergehen, und mit einem Schlage würde der Mehrverbrauch in Arbeiterkreisen sich ganz deutlich zeigen. Aber auch hier ist gerade das Gegenteil eingetreten. Die Linke hatte an die Regierung die Anfrage gerichtet, welche Schritte sie zur Vinderung der herrschenden Fleischnoth zu thun gedente. Der Herr Reichskanzler ließ durch seinen Stellvertreter erklären, daß er erst Auskunft erteilen könne, wenn die angeforderte Umfrage erledigt und das dadurch gewonnene Material geprüft sei. Und der preussische Landwirtschaftsminister v. Podbielski, selbst ein bedeutender Schweinezüchter, der also an hohen Viehpreisen ein lebhaftes Interesse hat, führte aus, daß diese Fleischnoth „eine vorübergehende Erscheinung“ sei. Also die Interpellationen der Sozialdemokraten und Freisinnigen über diese Angelegenheit blieben unbeantwortet, was die Vertreter dieser Parteien natürlicherweise nicht gehindert hat, die Frage bei der Berathung der Viehzölle noch einmal anzuschneiden und zu einer eingehenden Erörterung zu bringen. Was in dieser Debatte auf der rechten Seite des Reichstages an Verständnislosigkeit, Rücksichtslosigkeit und Heuchelei geleistet worden ist, das ist einfach unbeschreiblich. Die Grenzsperrung ist natürlich nur aus „familiären“ Gründen eingeführt worden. An den hohen Preisen für Fleisch sind bei Leibe nicht die Viehzüchter, sondern allein die bösen Händler schuld. Von Fleischnoth könne nicht die Rede sein, sondern höchstens von einem Fleischmangel. Mit solchen und ähnlichen Argumenten suchte man den wichtigen Schlägen auszuweichen, die von den Rednern der Linken hagelnd herniedersausten. Aber alle Vernunftsgründe versagten bei der von Profügler völlig geblendeten Majorität. Auch bei dieser Gelegenheit blieben die warnenden Worte der Regierungsvertreter unberücksichtigt; auch hier wurden Zölle festgesetzt, die vom Regierungstische aus als „unannehmbar“ erklärt wurden.

Wie nun auch der Konflikt enden möge, ob der Zolltarif an der Uneinigkeit zwischen Regierung und Mehrheitsparteien, oder nach vollzogener Einigung zwischen ihnen beiden an dem entschiedenen Widerstand der Opposition scheitert, das Eine haben diese Reichstagsverhandlungen mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß diese „Volksvertretung“ für die Noth des Volkes kein Herz besitzt. Sätzen in deutschen Parlament wirklich nur Männer, die sich leiten lassen allein durch die Wohlfahrt der Allgemeinheit, dann wäre der Zolltarif der Regierung längst begraben. Man würde dann dort die kostbare Zeit verwenden können zur Lösung von wichtigen sozialpolitischen Aufgaben, die längst ihrer Erledigung harren. Wer weiß, ob der Gesetzesentwurf betr. die Regelung der Kinderarbeit in dieser Session noch zur Verabschiedung gelangt, nachdem auch seitens der Großindustrie vielfache Versuche unternommen worden, ihn noch in letzter Stunde zum Scheitern zu bringen. Von der so dringend nothwendigen und bereits mehrmals angekündigten Novelle zum Krankenversicherungsgesetze hört man gar nichts mehr. Da sieht man doch, daß die Arbeiter ihre Wünsche nicht so leicht der Erfüllung nahe bringen können wie andere Bevölkerungsklassen. Und weshalb? Weil sie in den gesetzgebenden Körperschaften nicht den genügenden Rückhalt finden. Nun, das nächste Jahr ist ein Jahr der Wahlen. Reichstag und preussisches Abgeordnetenhause müssen neu zusammengesetzt werden. Da wird es Ehrenpflicht der Arbeiter sein, dafür zu sorgen, daß nur Männer mit dem Ehrenamt eines Volksvertreters betraut werden, welche das Allgemeinwohl höher schätzen als den Vortheil weniger. Sobald die Wahlbewegung einsetzt, da mögen die Kollegen hingehen in den Versammlungen und die aufgestellten Kandidaten fragen, wie sie sich verhalten in erster Linie zum Ausbau des Koalitionsrechtes und der sozialen Gesetzgebung, dann aber auch zur Besteuerung und Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel. Nur derjenige, der auf diese Fragen eine klare und in jeder Hinsicht befriedigende Antwort erteilt, kann auf die Stimme des Arbeiters rechnen. Diese aber müssen Mann für Mann zur Wahl antreten, um der politischen und wirtschaftlichen Reaktion, die sich leider noch in unseren Parlamenten breit machen kann, einen gehörigen, erschütternden Stoß zu versetzen. Dann wird auch endlich die Regierung erkennen, wie die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes über ihre verderbliche, das Volk aussaugende und in seiner Lebenshaltung herabdrückende Politik denkt.

Rundschau.

Wochenübersicht. Im Reichstage wird Tag für Tag über den **Zolltarif**

debattirt. Die Linke ist in der erfreulichsten Weise auf dem Posten, um jedem Ueberrumpelungsversuche der Mehrheitsparteien begegnen zu können. Was aus diesem ganzen Klumpisch noch werden wird, weiß vor der Hand kein Mensch. Es heißt jetzt: Abwarten und Thee trinken bis zur dritten Lesung. Da man sich in der Zwischenzeit im Reichstage allerhand kurzweilige Geschichtchen erzählt, wollen wir aus der parlamentarischen Praxis auch mal was zum Besten geben. Kürzlich ist der Centrumsabgeordnete

Dr. Dingens

verstorben. Derselbe war bekanntlich immer ein eifriger Befürworter der **Sonntagsruhe**. Man war es so gewohnt, ihn diesen Gegenstand behandeln zu sehen, daß der Gedanke, er könne auch

einmal über etwas anderes sprechen, niemals auftauchte. Sobald man ihn daher im Reichstage reden sah — reden hören konnte man ihn, da er immer mit sehr leiser Stimme sprach, so gut wie gar nicht — setzten sich sämtliche Redner der Journalistentribüne in Bewegung und schrieben: „Abg. Dingens (sehr schwer verständlich) verbreitet sich über die Sonntagsruhe und wünscht namentlich eine bessere Sonntagsruhe für die und die Beamten“ (es wurde dann die Beamtenkategorie genannt, über die gerade debattirt wurde). Nun kam es, wie die Nat.-Ztg. erzählt, eines Tages thatsächlich vor, daß der Abgeordnete über ein ganz anderes Thema sprach. In sämtlichen Zeitungen aber stand wieder: „Abg. Dingens (sehr schwer verständlich) verbreitet sich über die Sonntagsruhe zc.“ Herr Dingens war darüber nicht wenig erstaunt und beschloß, Maßregeln zu treffen, daß so etwas nicht noch einmal vorkommen könne. Als daher wieder einmal das Unerwartete Ereigniß wurde und Abg. Dingens beim Postetat einen anderen Gegenstand, als die Sonntagsruhe vorbringen wollte, wandte er sein Gesicht der Journalistentribüne zu und begann seine Rede mit den Worten: „Jetzt spreche ich nicht über die Sonntagsruhe.“ Man scheint ihm das aber nicht geglaubt zu haben, denn am andern Morgen las man in sämtlichen Zeitungen: Abg. Dingens (sehr schwer verständlich) erklärte, über die Sonntagsruhe sprechen zu wollen und befürwortete namentlich eine bessere Sonntagsruhe für die Postbeamten. Seitdem hat Abg. Dingens den Versuch, über ein anderes Thema als die Sonntagsruhe zu sprechen, als zwecklos aufgegeben.

Der deutsche Parlamentarismus hat noch einen weiteren außerordentlich schweren Verlust durch den Tod des

Abg. Rickert

zu verzeichnen. Der Verstorbene hat Zeit seines Lebens für Freiheit und Menschenrecht gekämpft und namentlich hat ihm die Vertretung für **Volksbildung** sehr am Herzen gelegen. Alles was die Erweiterung derselben betraf, griff er mit der ihm eigenen Lebhaftigkeit auf und verfolgte die Vorschläge und praktischen Maßnahmen durch alle Stadien ihrer Entwicklung. Rickert als Vorsitzender der Gesellschaft für Volksbildung folgte unmittelbar auf Schulze-Delitzsch, der das Präsidium von der Begründung der Gesellschaft bis zu seinem Tode im Jahre 1883 innehatte. Jeder Hauptversammlung seit dem Jahre 1883, mit Ausnahme der letzten in Düsseldorf, hat Rickert präsidirt. Jede neue Arbeit, jeder kleinste Erfolg interessirte ihn. So erklärt sich das große Wachsthum der Gesellschaft unter seiner Leitung. Als Rickert den Vorsitz übernahm, zählte die Gesellschaft nur 651 Körperschaften und veranschlagte jährlich 27 848 M. 1886 stieg die Zahl der Körperschaften auf 794, 1890 auf 821, 1895 auf 978, 1900 auf 2103, 1901 auf 2660, und gegenwärtig beträgt die Zahl der angeschlossenen Körperschaften etwa 3200. Auch die Zahl der persönlichen Mitglieder ist von 2682 im Jahre 1883 auf rund 4000 gestiegen. Die Ausgaben der Gesellschaft beliefen sich im Jahre 1901 auf 128 859 M., darunter 68 805 M. für **Volksbibliotheken**, denen im Jahre 1901 44 967 neue und außerdem noch 17 461 gebrauchte Bücher zugeführt wurden. Es ist ein Werk des Segens, ein Werk sozialer Fürsorge, das Rickert an der Spitze der Gesellschaft geleistet hat, und der warmherzige Volksfreund durfte auf diesen Zweig seiner Thätigkeit mit besonderer Befriedigung blicken.

Durch den Tod des Abg. Rickert wird eine

Reichstagsersatzwahl

in Danzig-Stadt und eine Landtagsersatzwahl für den Stadt- und Landkreis Danzig nothwendig.

Die badische Regierung will von einem

Befähigungsnachweis,

um den sich die norddeutschen Zünftler fast heifer schreien, nichts wissen. Auf einem in Durlach abgehaltenen Gewerbevereinstag des mittelbadischen Gewerbeverbandes erklärte der Vertreter der badischen Regierung: Die Regierung sei gewiß einverstanden mit allen Bestrebungen, welche auf eine höhere Befähigung des Handwerkerstandes zielen, die Forderung des Befähigungsnachweises aber gehe über den Rahmen aller hier in Frage kommenden Einrichtungen weit hinaus. Die freie Thätigkeit des Handwerkers solle durch diese Forderung eingeschränkt werden, es werde ganz unverhohlen gesagt, daß es sich dabei weniger um die Beseitigung der bestehenden Mißstände und um den Schutz des Publikums gegen diese handle, als darum, den Wettbewerb im Handwerk zurückzudämmen und eine Preissteigerung herbeizuführen. Es handle sich um einen Versuch, auf einem Umwege zu der vor nunmehr 40 Jahren aus guten Gründen aufgegebenen **zünftlerischen Ordnung** des Handwerks mit all ihren beengenden Folgen zurückzukehren. Eine solche Beschränkung der gewerblichen Erwerbsthätigkeit halte aber die badische Regierung nicht für geboten, sie liege weder im Interesse des Publikums, noch des Handwerks selbst, da der Befähigungsnachweis nur Schranken auferlegen würde, die es in der Fortentwicklung hemmen. Gerade jetzt sei für das Gedeihen des Handwerks mehr denn je die Möglichkeit der freien Bewegung unerlässlich und eine Beschränkung in dieser Hinsicht geradezu schädlich. Dazu komme, daß der Befähigungsnachweis kaum durchführbar sei. Die Regierung könne also einer so einschneidenden Abkehr von dem Grundsatz der Gewerbefreiheit nicht zustimmen. Auch für das **Baugewerbe** könne die Regierung die Nothwendigkeit eines Befähigungsnachweises nicht anerkennen.

In den französischen Kohlenbecken hält der

Ausstand der Bergarbeiter

noch immer an. Der Streit hat natürlich den deutschen rheinisch-westfälischen Kohlengruben Vortheile gebracht. Als Anfang Oktober die französischen Bergleute in den Ausstand traten, schnellte er die Kohlen- und Koksverfendung aus dem Ruhrgebiet von 16 000 auf 17 000 Doppelwagen. Augenblicklich fordern die Zechen über 18 000 Doppelwagen an, aber die Eisenbahnverwaltung kann dieser plötzlichen stürmischen Nachfrage nicht entsprechen. Bei der vor Monaten festgesetzten Wagenansuhr für die Zechen hat die Eisenbahnverwaltung in üblicher Weise bei den Werkvertreterungen um den voraussichtlichen Bedarf angefragt und eine Auskunft erhalten, die natürlich den ausländischen Streik nicht in Ansatz brachte. Deshalb fehlen jetzt täglich einige hundert Waggons, trotzdem die Eisenbahnverwaltung weit über die vereinbarte Zahl stellt. Der französische Streik hat die Lager so gut wie geräumt und beginnt jetzt belebend auf die Förderung selbst einzuwirken. Aber lange wird die verhältnismäßig gute Zeit wohl nicht anhalten, denn der Streik in Frankreich wird wohl durch den Spruch eines Schiedsgerichtes in Bälde beendet sein, wenn nicht die Arbeit schon wieder aufgenommen sein sollte, wenn dieser Bericht durch unsere Expedition der Post zum Versand übergeben wird.

Wie schon zu Oesterem in Betrieben der Holzbranche, in welchen irgend welche Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber über Arbeits- oder Lohnverhältnisse vorliegen, zwischen den beteiligten Gewerkvereinen und Gewerkschaften dadurch mehrfach Gehässigkeiten hervortraten, weil letztere glauben, das allein richtige Vorgehen gepachtet zu haben, zeigt es sich gegenwärtig in einer anderen Branche, wo die Gewerkvereiner wieder den Sündenbock bilden sollen. Nach einer Notiz des sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 1. November sollen die Gewerkvereiner den Streik der optischen Arbeiter in Rathenow durch Verrath vorzeitig beendet haben.

Am 14. Oktober, so heißt es in der Notiz des genannten Blattes weiter, wurde in einer Versammlung der Streikenden beschlossen, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Die Firma Ritsche & Günther erklärte auf Anfrage, daß sie nur gezwungen erscheinen und auch dann nur eine Erklärung abgeben würde, verhandeln wolle sie nicht. Die Streikleitung war sich darüber klar, daß dieser schroff ablehnende Standpunkt nicht das letzte Wort der Firma sei, sondern daß der Umstand, daß die Hochkonjunktur in der optischen Industrie stets von Mitte Oktober bis Ende Dezember dauere, für den Streik überaus günstig sei, und wenn die Streikenden noch 14 Tage bis 3 Wochen aushalten, die Antwort der Firma Ritsche & Günther eine ganz andere sein würde. Anders die Herren vom Gewerbeverein, sie hatten keinen Muth mehr und knüpften Verhandlungen an. Zunächst erklärten sie, im Namen aller Streikenden verhandeln zu wollen. Das wurde vom Geschäftsführer Herrn Muth abgelehnt, der den Herren sagte, daß er mit ihnen nur als Vertreter des Gewerbevereins verhandeln wolle. Er forderte eine Liste der ausständigen Mitglieder des Gewerbevereins und gab dann den Bescheid, daß alle mit Ausnahme von zwei Mann, die aber auch nur andere Arbeit als früher verrichten sollen, ihre Plätze wieder einnehmen sollen. Daraufhin fand eine Versammlung der streikenden Gewerbevereiner statt, in welcher in Gegenwart des Generalrathes Mitgliedes Krist beschloffen wurde — mit 17 gegen 4 Stimmen — die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen usw. —

Doch wie schon mehrfach erwiesen, daß derartige Berichte selten den wirklichen Thatsachen entsprechen, so liegt es, nach Aufzeichnung des Thatsbestandes in dem Organ des angegriffenen Gewerbevereins der Klemptner, der „Deutschen Metallarbeiter-Correspondenz“, auch hier wieder.

In Wirklichkeit, bemerkt diese Richtigmstellung, lag aber die Angelegenheit so, daß, nachdem die Firma Ritsche & Günther jede Verhandlung vor dem Gewerbegericht mit den Streikenden abgelehnt hat und sämtliche Brillen- und Binocenzarbeiter, um die der Streik überhaupt nur entstanden ist, durch Arbeitswillige ersetzt sind, welche sich während der Dauer des Streiks vortheilhaft eingearbeitet haben, an einem erfolgreichen Ausgang des Streiks nicht mehr zu denken war. Diese Thatsache wird natürlich in obiger Darstellung wiffentlich verschwiegen. Auch in dem Streikomitee sollten, auf Verlangen unsererseits, zwei unserer Mitglieder hinzugezogen werden, um nicht nur mit zu thaten, sondern wie es zum gemeinschaftlichen Handeln auch unbedingt nothwendig ist, mit zu rathen. Wie es die Verbändler aber immer machen, so auch hier; man hat unsere Genossen zu keiner Berathung im Streikomitee zugezogen. Und als dieselben nun jetzt einmal Veranlassung nahmen, ohne Einladung solcher Sitzung beizuwohnen, um ihre Ansichten über den Stand des Streiks geltend zu machen, hat man ihnen mit der Begründung, es sei das eine Sitzung der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, zu der kein Fremder zugelassen werde, den Zutritt verweigert. Man theilte ihnen nur gelegentlich beim Zusammentreffen auf der Straße mit, was man für gut hielt. Diese Mißachtung konnten sich unsere Genossen nicht länger gefallen lassen, und beschloffen daher mit Recht, selbstständig mit der Firma in Unterhandlung zu treten; sie

waren aber, trotz der wiederfahrenen Mißachtung, anständig genug, den Vorsitzenden des Streikomitees, Herrn Mafeit, von dieser Absicht in Kenntniß zu setzen. Herr Mafeit hielt es aber „aus irgend welchen Gründen“ nicht für nöthig, dem Komitee hiervon Mittheilung zu machen, was jedenfalls bezeichnend ist, denn es war vielleicht in diesem Augenblick noch möglich gewesen, zu einer Verständigung zu kommen. Die Verhandlung mit der Firma führten zur Wiederaufnahme der Arbeit. Als unsere Genossen die Fabrik betraten, fanden sie eine Anzahl Verbändler vor, die schon fleißig arbeiteten. (11)

In der Ausschukstzung des hier in Betracht kommenden Ortsvereins der Klemptner und Metallarbeiter, welche am Sonntag, den 26. Oktober, unter Theilnahme des Bevollmächtigten der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes Herrn Frünger und des Streikleiters Herrn Mafeit in Rathenow stattfand, erklärten beide vor dem gesammten Ortsvereinsauschuk und zwei Gästen vom Ortsverein der Maschinenbauer, nachdem ihnen der Beschluß unserer streikenden Genossen mitgetheilt war, daß sie es den Gewerbevereiner nicht verdenken, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen, da dies unter den alten Bedingungen annehmbar sei. Sie selbst seien der Ueberzeugung, daß der Streik verloren sei, nur könnten sie mit ihrer Meinung bei ihren Kollegen nicht durchdringen. Ja, Herr Frünger sprach sogar, unter Hinweis auf nicht ausbleibende Kämpfe in der Zukunft, die Hoffnung aus, daß man auch dann ebenso fest wie in den 14 Wochen dieses Streiks zusammenstehen möge und die gemachten Fehler in Bezug auf die gegenseitige Verständigung, die er anerkenne, meiden werde. Ueber diese Sitzung ist ein Protokoll aufgenommen, welches beide Herren mit unterschrieben haben.

Was nun den Vorwurf gegen den Generalsekretär Krist betrifft, er hätte den Beschluß der 23 Genossen im Hinblick auf die größte Zahl der Verbändler inhibiren müssen, so lag für ihn aus den oben angeführten Thatsachen heraus dazu kein Grund vor. Es wäre auch geradezu frivol, den Kollegen zuzumuthen, weiter zu streiken, wenn sie die feste Ueberzeugung gewonnen haben, daß jeder Erfolg ausgeschlossen ist. Im Gewerbeverein haben die Mitglieder freies Selbstbestimmungsrecht und stehen nicht unter dem Druck der Leitung, wie dies im Metallarbeiter-Verband der Fall ist. Wir erinnern nur an den Streik in der Motowagenfabrik in Marienselde, wo die Arbeiter mit großer Majorität — irren wir nicht — mit 72 gegen 28 Stimmen beschloffen, den Streik weiterzuführen, die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes aber einfach diesen Beschluß nicht respektirte, sondern den Streik gegen den Willen ihrer Mitglieder und der Gewerbevereiner aufhob.

Ähnlich hat der Metallarbeiter-Verband seinen Mitgliedern (Aluminiumschläger) gegenüber in Fürth gehandelt, die nicht streiken konnten, weil ihnen die Unterstützung verweigert wurde. Bei Borstig in Tegel hat man seine Zustimmung zum Vergleich schon nach etwa vierwöchentlicher Dauer des Dreherstreiks gegeben und die Bedingung angenommen, daß von 150 streikenden Drehern, sage und schreibe, 23 wieder eingestellt wurden, die anderen „nach Bedarf“. Eine Organisation, die solche Resultate erzielt, kann uns über unser Verhalten in Rathenow keinen Vorwurf machen. —

Aus dieser, und wie wir uns überzeugt halten, wahrheitsgemäßen Darstellung des ganzen Vorgangs geht wieder zur Genüge hervor, daß diese „Zielbewuhten“ immer noch dem Wahn leben, die Weisheit in Erbpacht genommen zu haben, das aber zu widerstreiten unsere Genossen Veranlassung nehmen mögen dadurch, daß sie mehr wie bisher das Gewerbevereinsprogramm sich zu eigen machen, um nöthigenfalls sachlich und selbstständig vorzugehen.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“, das neueste Organ unseres Scharfmacherthums, bringt die Mittheilung, daß alle Gerüchte, als wenn in den preukischen Ministerien Verhandlungen über den Erlaß eines Wohnungsgezetes im Gange seien, der thatfächlichen Unterlage entbehren. „Der Handelsminister Möller hat sich auf seiner letzten Inspektionsreise durch Rheinland-Westfalen überzeugt, daß die Arbeitgeber sich fast ausnahmslos ihrer sozialen Pflichten sehr wohl bewußt sind und daß daher von ihrer eigenen Initiative die beste Lösung des Wohnungsproblems zu erwarten ist.“ Wir erlauben uns denn doch etwas anderer Meinung zu sein und würden es viel lieber sehen, wenn vor allem die Regierung „sich ihrer sozialen Pflichten bewußt“ würde. Denn mit dem Bauen von Arbeiterwohnungen seitens der Unternehmer ist es eine eigene Sache, und es fällt uns da eine Stelle aus dem kürzlich erschienenen Buche: „Die Arbeiterwohnungsfrage“ von Dr. Ludwig Singheimer ein. Der Verfasser sagt nämlich am Ende seiner sehr lesenswerthen Schrift: „Wenn Arbeitgeber für die Wohnungen ihrer Arbeiter sorgen, so erlangen sie über die Arbeiter, die in solchen Wohnungen wohnen, noch mehr Macht bei dem Abschluß des Arbeitsvertrages, als sie ohnedies besitzen. Dies trifft sowohl zu, wenn die Arbeitgeberfürsorge in der Erstellung von Häusern besteht, die in das Eigenthum der Arbeiter übergehen, als auch wenn, wie es am häufigsten der Fall ist, die Wohnungen an die Arbeiter miethweise überlassen werden. Im ersten Falle ist der Arbeiter zwar nicht an einen bestimmten Arbeitgeber, aber an einen bestimmten Platz gefettet. Im zweiten Falle muß der Arbeiter sich darauf gefakt machen, daß die Entlassung oder der freiwillige Austritt aus seinem bisherigen Dienstverhältnisse für ihn mit der Nothwendigkeit verknüpft ist, seine bisherige Wohnung zu räumen. Durch die

Möglichkeit, seinen Arbeitern ihre Wohnungen zu kündigen, erhält der Arbeitgeber eine mächtige und nicht selten angewandte Waffe zur Maximalregelung unliebsam gewordener Arbeiter und zur Niederklämpfung gemeinschaftlicher Bestrebungen der Arbeiter, Besserungen der Arbeitsbedingungen von ihrem Arbeitgeber zu erlangen."

Ganz unsere Meinung, die auch von den meisten Sozialpolitikern als richtig anerkannt wird. Also mit der „sozialen Pflichterfüllung“ der Unternehmer ist es nicht so weit her; der eigene Vorteil spielt da eine viel größere Rolle. Freilich der „Arbeitgeber-Zeitung“ muß sehr viel an der Erhaltung des sogenannten „patriarchalischen“ Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelegen sein, und dazu trägt der Bau von Arbeiterwohnungen durch die Unternehmer allerdings sehr viel bei. Deshalb ist aber der Staat noch lange nicht seiner Pflicht enthoben, für bessere Wohnungsverhältnisse zu sorgen.

Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaften. Auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Stuttgart ist, wie auch von uns mitgeteilt wurde, eine Resolution des Herrn v. Elm zur Annahme gelangt, welche sich für eine Zwangsarbeitslosenversicherung ausspricht, und zwar in dem Sinne, daß Arbeiter, Unternehmer und Reich die erforderlichen Mittel gemeinsam aufzubringen hätten, den Arbeiterorganisationen aber das Selbstverwaltungsrecht überlassen würde. Wir haben seiner Zeit das Widersprüchsvolle dieser Resolution, die in absehbarer Zeit überhaupt keine Aussicht auf Verwirklichung hat, gebührend kritisiert, und auch der sozialdemokratische Parteitag hat sich nicht auf ihren Boden stellen können. Jetzt nun, nach Verlauf von noch lange nicht einem halben Jahr, wird bereits auch innerhalb der Gewerkschaften selbst jene Resolution als falsch und verkehrt angesehen. In der am 30. Oktober stattgehabten Versammlung der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission erklärte nach dem Berichte des „Vorwärts“ ein Vertreter, daß die „Gewerkschaften kaum in der Lage sein werden, ihren jetzigen Beschluß aufrechterhalten zu können.“ Ein anderer Redner führte aus, daß die Stellung der Gewerkschaftsvertreter auf der Arbeitsnachweis-Konferenz, auf der die Frage der Arbeitslosen-Versicherung ebenfalls erörtert wurde, eine unsichere war, „was seine Ursache lediglich darin habe, daß sich die Gewerkschaften bisher mit der Frage viel zu wenig beschäftigt haben. Redner hat schon jetzt die Ansicht gewonnen, daß der Stuttgarter Beschluß nicht aufrecht zu erhalten ist.“ Derselbe meinte auch, daß „die Ansicht, die Berufsgenossenschaften zu Trägern der Arbeitslosen-Versicherung zu machen, gar nicht so ohne Weiteres von der Hand zu weisen sei.“

Das sind in der That recht bemerkenswerthe Geständnisse. Ueber eine Frage, die von so ungeheurer Wichtigkeit für die Arbeiterschaft ist, wie die Arbeitslosenversicherung, herrscht in Gewerkschaftskreisen noch eine so gewaltige Unklarheit, daß eine Resolution, die noch kein halbes Jahr alt ist, bereits als verkehrt erkannt wird. Dabei ist die Resolution von den „Führern“ der Organisation gefaßt worden, die sich in Arbeiterfragen als allein maßgebend ansieht. Etwas mehr Bescheidenheit wäre da wohl am Platze.

Ein weißer Fabrikanten-Nabe. In Meerrane (Königreich Sachsen) streifen die Weber. Es handelt sich um Lohnunterschiede. Die Fabrikanten wollen weder von einem Einigungsamt etwas wissen, noch wollen sie irgend welche Zugeständnisse an ihre Arbeiter machen. Die Fabrikanten beharren darauf, daß die Ausständigen die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. — Zur Beurteilung des Streiks ist die Auslassung eines Fabrikanten von Werth, die in den „Leipziger Neuesten Nachr.“ veröffentlicht wird und in welcher u. a. Folgendes ausgeführt wird: „Ich bin selbst Fabrikant und lache, wenn es heißt: „die Fabrikanten seien bei Zahlung noch höherer Löhne in ihrer Existenz gefährdet, schlimmsten Falles würden sie ihre Betriebe lieber ganz schließen.“ Wer in unserer Branche arbeitet, weiß auch ganz genau, daß es auch ganz gleichgültig ist, ob eine Waare 105 oder 110 Pfennig per Meter kostet, dagegen ist es gewissen Fabrikanten nicht gleichgültig, wenn sie an einen festen Lohn-tarif gebunden sind. Denn dadurch sind sie verpflichtet, festgelegte Löhne zahlen zu müssen; damit hört der Wucher auf, Geschäfte auf Rechnung der Löhne zu machen und anderen Fabrikanten, die ordnungsgemäße Löhne zahlen, Ordres aus den Händen zu reißen. Warum sind es denn nur gewisse Firmen, welche in kurzer Zeit viele Hunderttausende zusammenschlagen? Weil es eben nicht Jeder fertig bringt, über Leichen zu wandeln. Unsere Arbeiter hier sind friedfertig und bescheiden; gebt ihnen so viel, daß sie wie Menschen leben können, es wird dann Zufriedenheit herrschen und die Stadt wird blühen und gedeihen, was schon seit vielen Jahren nicht mehr wahrzunehmen ist, man braucht als Beweis nur die Einwohnerzahl zu verfolgen.“ — Ein weißer Nabe, dieser Fabrikant . . .

Der Vorsteher eines Gaus, einer Verbindung von mehreren Zahlstellen der Provinz einer Arbeiterorganisation war in Strafe genommen worden, weil er trotz polizeilicher Aufforderung es unterlassen hatte, ein Mitgliederverzeichnis nebst Statuten einzureichen. Während das Schöffengericht den Angeklagten zu einer Geldstrafe verurtheilte,

hob die Strafkammer die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten gänzlich frei, da ein Gau nicht als ein Verein im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen sei. Diese Entscheidung focht die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an. Das Kammergericht wies jedoch die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurück, da nach der einwandfreien Feststellung des Landgerichts ein Gau nicht eine Vereinigung physischer Personen zu einem gemeinschaftlichen Zwecke, sondern nur ein Bindeglied zwischen dem Verbands- und den Zahlstellen bilde; ein Gau sei eine Verwaltungsorganisation unter dem Vorstandsvorstande.

Technisches.

Zimmerthür. (Zur Zeichenbeilage.)

Unsere heutige Zeichenbeilage zeigt uns eine zweiflügelige Zimmerthür mit Verdachung und Bekleidung. Es muß bei dem Entwurf einer Thür, wie unsere Fachgenossen aus der Zeichnung ersehen, stets auf etwaige in dem Zimmer sich befindenden Paneele und anderer Tischlerarbeiten Rücksicht genommen werden. Unser Zeichner hat daher auch gewisse horizontale Linien der Thür und der Paneele in Uebereinstimmung gebracht. Selbstverständlich werden sich bei Ertheilung eines solchen Auftrages stets der Bauherr und der Baumeister das Schlusswort vorbehalten, sicher ist jedoch, daß derjenige Tischlermeister, welcher die geeignetsten Vorschläge zu machen im Stande ist, auch in der Regel den Auftrag erhält.

Das in Berlin erscheinende Fachblatt für Bau- und Möbeltischlerei, „Der deutsche Tischlermeister“ giebt alle Vierteljahre ein Sonderheft heraus, von welchen das dritte Heft jetzt erschienen. Dasselbe enthält in seinen Zeichnungen nicht allein den z. Bt. in Mode gekommenen Jugendstil, sondern auch, was sehr zu loben, Entwürfe von Zeichnern und Architekten anderer Richtungen. Die auf weißem, blanken Papier hergestellten 10 Tafeln dieses Heftes enthalten verschiedene Kleinmöbel, wie Bier- und Wandschränken, Pfeilerschränken, Arbeitstischen. Einige Tafeln enthalten einflügelige Hausthüren, auch ein Hausthor. Der Preis jedes Heftes ist für Nichtabonementen des „Deutschen Tischlermeisters“ Mk. 3,40, für Abonnenten Mk. 2,40. Ein jedes Heft ist für sich abgeschlossen. Da, wie schon bemerkt, verschiedene Stilarten in den Heften enthalten, so können wir Interessenten wohl rathen, einen Versuch durch Bestellung bei dem Verlag „Der deutsche Tischlermeister“, Berlin S.W., Friedrichstr. 31, zu machen.

Aus den Ortsvereinen.

Pangensöls. Am Sonntag, den 19. Oktober, fand hier selbst im Lokale des Herrn Pfeiffer eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Auf Antrag des Ortsverbandes wie des Ortsvereins der Tischler an den Centralrath, uns einen Redner zu entsenden, war Verbandskassirer Klein (Berlin) erschienen, um über das Thema: „Der Niedergang der Industrie und wie schützen sich die Arbeiter und Handwerker gegen Bohndruck und Ausnutzung“ zu referiren. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung, welche dem Thema und den hiesigen Verhältnissen entsprechend besser hätte besucht sein können, da bedauerlicherweise sogar verschiedene Mitglieder fehlten, Nachmittags 4 Uhr, begrüßte die Anwesenden sowie den Referenten, und ertheilte ihm das Wort zum Vortrage. So wie in den Jahren 1895—1900 die Industrie in vollem Aufschwung begriffen war, meinte der Referent, ist in den letzten Jahren ein vollständiger Rückschlag eingetreten, wodurch auch die Arbeiter stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, in deren Familien das bitterste Elend herrscht. Redner weist nach, daß verschiedene äußere und innere Verhältnisse, insbesondere der vorliegende Zolltarifentwurf, eine große Rolle spielen, so daß nur günstige Säge für langfristige Handelsverträge von Nutzen wären, um im Volke Handel und Wandel wieder zu beleben. Nachdem Redner noch die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse in seinen Einzelheiten geschildert, erläuterte er, wie sich der Arbeiter gegen die Folgen wirtschaftlicher Krisen schützen könne und betont, daß der Arbeiter zum großen Theil selbst Schuld hat, wenn es ihm schlecht geht. Schon in den sechsziger Jahren sind dem Arbeiter durch das Koalitionsrecht Mittel zur Herbeiführung besserer Existenzbedingungen in die Hand gegeben, wovon leider noch heute nicht der rechte Gebrauch gemacht werde, denn den so segensreich wirkenden Berufsorganisationen stehe die Mehrheit der deutschen Arbeiter theilnahmslos gegenüber. Ganz anders halten es die Arbeitgeber; sie treten zu großen Verbänden zusammen, obgleich sie an und für sich schon einen mächtigen Faktor bilden. Wenn sie trotzdem sich zusammenschließen, so ist hieraus ersichtlich, wie doppelt nöthig die Vereinigung der Arbeiter, als der wirtschaftlich schwächere Theil, in großen, leistungsfähigen Berufsorganisationen, wie es die Deutschen Gewerkschaften sind, ist. Nachdem Redner noch den verschiedenen Zersplitterungen in den Arbeiterorganisationen wie auch den mannigfachen Geschäftigkeiten, wodurch sich die unorganisirten Kollegen abgestoßen fühlen, Worte geliehen, ging er näher auf die Deutschen Gewerkschaften ein, erläuterte das Unterstützungs- und Kassenwesen, um schließlich mit warmem Appell unsere Mitglieder aufzufordern, nicht zu erlahmen in der Werbung von neuen Mitgliedern, die an-

wesenden indifferenten Arbeiter auffordernd, das Versäumte nachzuholen und in die Reihen der Deutschen Gewerksvereine einzutreten. — Der Vorsitzende dankte dem Referenten und bemerkte, daß von den Verbändlern leider Niemand anwesend sei, die sich damit entschuldigten, „daß sie Klein schon kennen“. Die in der Diskussion gestellten Fragen wurden vom Referenten genügend beantwortet, wonach der Vorsitzende in der Hoffnung, daß dieser Vortrag zahlreiche Früchte tragen möge, indem sich recht viel unorganisierte Arbeiter unserer Organisation anschließen, und mit bestem Dank an die Erschienenen, Abds. 6 1/2 Uhr die Versammlung schloß.

— Acht Tage vor obiger Versammlung, am 11. Oktober, Abds. gewissermaßen zur Illustration der im obigen Versammlungsbericht gebrauchten Entschuldigung „den Klein kennen wir schon“, geberdeten sich mehrere „Zielbewußte“ vom Arbeitergesangsverein, welche nach ihrer Übungsstunde in unser Vereinslokal bei Herrn Pfeiffer erschienen, derartig roh und ausfallend unseren ihre Gesangsstunde soeben beendeten Mitgliedern gegenüber, daß sich die Jeder sträubt, ein solches Betragen von „zielbewußten Arbeitern“ wiederzugeben. Ja, deren Auftreten uns Gewerksvereiner gegenüber nahm schließlich einen derartig bedrohlichen Charakter an, daß der Wirth sich genöthigt sah, diesen „Helden“ das Lokal zu verweisen. Wir Gewerksvereiner dagegen haben Veranlassung genommen, um diesen Leute mehr Kenntniß von dem Inhalt des Buches „Knigge's Umgang mit Menschen“ zu verschaffen, den Strafrichter zu veranlassen, denselben die nöthige Mühe hierzu vorzuschreiben.

Ulm. Ein Versammlungsbericht der „Holzarbeiterztg.“ über die am 11. Oktober hier stattgefundene öffentliche Holzarbeiterversammlung im „Hohentwiel“, in welcher ein Herr Schneegas aus Stuttgart über „Moderne Gewerkschaften und Hirsch-Dunker'sche Gewerksvereine“ referirte, veranlaßt uns, hierzu einige Worte zu äußern. Den Anlaß zu dieser Versammlung gab, wie der Referent nach dem Bericht einleitend ausführte, die am 27. Juli hier abgehaltene gemeinschaftliche Versammlung des Ortsvereins der Deutschen Tischler und der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes. Dieser Herr Schneegas, welcher damals — nach seiner Angabe — zufällig in der Nähe von Ulm war, besuchte die Versammlung und verursachte durch sein ungeschicktes Benehmen eine große Aufregung der Theilnehmer. Von verschiedenen Seiten auf sein unpassendes Benehmen aufmerksam gemacht, versuchte derselbe noch einige Male in den Herabsetzungen der Gewerksvereine fortzufahren, sah sich aber durch fortgesetzte Unterbrechungen genöthigt, den Rückzug anzutreten, d. h. auf Weiteres Verzicht zu leisten. Dies scheint dem Herrn ganz gewaltig in die Knochen gefahren zu sein und sollte nun hierfür in obiger Versammlung Rache genommen werden. Auf die Verunglimpfungen, die hier dem Gewerksverein zu Theil geworden, lohnt es sich nicht näher einzugehen, es ist immer das alte Lied. Es soll ja sogar der Vortrag des Referenten in der gemeinschaftlichen Versammlung politisch gewesen sein. Nun ja, wir wollen diesen Herrn gern in seinem guten Glauben lassen; der Zweck, zu welchem die Versammlung einberufen war, wurde ja erreicht und mit dieser „politischen“ Angelegenheit wird sich auch der Herr Schneegas zu trösten haben. — Daß sich in der Diskussion, wie berichtet wird, kein Gewerksvereiner zum Wort gemeldet, ist richtig; dies hatte aber seinen guten Grund, denn die Gewerksvereinsmitglieder sind soweit gebildet, daß sie solche Kadaverversammlungen einfach meiden, weil diese nur Wasser auf die Mühlen der Unternehmer liefern. Unsere Zeit ist wahrlich nicht dazu angethan, daß sich die Arbeiter gegenseitig das Leben sauer machen. Um gemeinschaftlich ihre Interessen zu wahren ist es nothwendig, daß jeder Streit unter den Organisationen möglichst vermieden wird; das

sollten sich diese Herren merken. Für unnütze, nur den Arbeitern schadenbringende Veranstaltungen sind die Ulmer Tischler, soweit sie dem Gewerksverein angehören, nicht zu haben. Erinnern sich die Kollegen vom Holzarbeiterverbande nicht mehr der schönen Worte ihres Vorsitzenden, Herrn Klotz (Stuttgart), am Schluß seines derzeitigen Vortrags: „Ist es heute noch nicht möglich, daß alle Arbeiter einer Organisation angehören, so sollen sich die bestehenden nicht bekämpfen, sondern einander achten und ehren, um gemeinschaftlich die Interessen der Arbeiter zu vertreten.“ Man scheint dies in jenen Kreisen ganz überhört oder vergessen zu haben, es ist ja auch schon lange her. Weiter wird in dem Bericht behauptet, der Vertreter vom Holzarbeiterverbande habe die Verhandlungen allein geführt, während der Vertreter des Gewerksvereins Zahnschmerzen vorschickte; solche Ausführungen dürften eher in ein Waschhaus passen, denn in eine öffentliche Versammlung. Erinnern sich die Verbandskollegen nicht, daß von jeder Organisation zwei Vertreter anwesend waren, und zwar auf ausdrücklichen Wunsch der Gewerksvereiner? Sind vielleicht die Vertreter des Holzarbeiterverbandes im Stande gewesen, Herrn Schmid f. Zt. zu bewegen, die geplanten Maßregelungen, welche einigen Verbändlern zugebacht waren, zurückzunehmen? Sind es nicht die Vertreter des Gewerksvereins gewesen, welche für Andere die Kohlen aus dem Feuer holten? Herr Schmid hatte ja, wie die Kollegen wohl zugeben müssen, alles Andere bereitwilligst zugestanden, es bedurfte also keiner großen Verhandlung. — Der Vorgang zeigt uns aber ganz deutlich unseren Weg, den wir in Zukunft zu gehen haben. Mag es den Verbändlern recht große Freude bereitet haben, so recht ungestört über die Gewerksvereine loszutrumpsfen, uns hat es nichts geschadet. Unsere Organisation schreitet, wenn auch langsam, aber stetig vorwärts. Ob es bei ihnen auch so ist, werden sie am besten wissen. Unsere Mitglieder sowohl wie die noch unorganisierten Kollegen möchten wir ersuchen, sich durch solche wohlberedneten Manöver nicht irre machen zu lassen. Der Ortsverein der Tischler zu Ulm war stets am Platze, wenn es galt, die wahren Interessen des Arbeiters zu vertreten. Darum auf, Kollegen, frisch an's Werk, agirt alle Mann für Mann für die Organisation der Deutschen Gewerksvereine. — f.

Berlin. Die vom Sängerkor der Deutschen Gewerksvereine kürzlich begangene Feier seines zweijährigen Bestehens, die durch ein reichhaltiges Programm ungetheilten Beifall aller Festtheilnehmer fand, dürfte bei allen Anwesenden eine gute Rückerinnerung hinterlassen haben. Zu wünschen wäre nur, daß noch mehr stimmbegabte Gewerksvereinsmitglieder dem Chore beitreten, da das Talent und die musikalische Begabung des Dirigenten, Herrn Daehnel für eine gute gesangliche Ausbildung bürgt. Die Übungen finden regelmäßig jeden Donnerstag Abend 9 Uhr im Restaurant Noack, an der Stralauerbrücke 2a statt, woselbst alles Nähere zu erfahren ist. —

Auskunftei der „Eiche“.

- A. S. in Plettenberg. Die gewünschten beiden Schriften sind mit Nr. 40 der „Eiche“ an Ihre Adresse gesandt.
- J. B. in Berlin. Wird in nächster Nummer verwandt.
- F. K. in Elbing. Das Eingekaufte ist dem Generalrath unterbreitet.
- F. K. in Rixdorf. Für nächste Nummer zurückgestellt.
- J. S. in Zeitz. Sobald die angekündigte Schrift erscheint, werden 50 Exemplare durch den Verbandskassirer H. Klein der angegebenen Adresse zugehen.
- N. B. in Osterode. Die Mitgliedschaft erlischt, sofern nicht dem § 6 Abs. 1 und 2 des Gewerksvereinsstatuts entsprochen ist.

Seuilleton.

Verheirathet muß er sein!

Novelle von Konrad Frühwald.

(Nachdruck verboten.)

(8. Fortsetzung.)

Leicht begreiflich ist es, daß Lehrbach während des Essens angeregt plauderte mit der Baronin, harmlos geistreich war und geistreiche Harmlosigkeiten zu sagen verstand. Kamilla fühlte sich angenehm berührt von seiner zwanglosen Unterhaltungsweise und ging mit freudiger Bereitwilligkeit auf die mannigfachen Scherze der beiden Fremde ein, denn auch Birkhahn hatte seinen prächtigsten Humor mitgebracht von dem Morgenausfluge und war gar oft von unwiderstehlicher Komik.

„Erzähle doch eins Deiner Märchen!“ rief Birkhahn dem Freunde nach dem Essen zu; er wußte, daß Lehrbach ein künstlerisch vollendeter Apathode war.

„Wenns der gnädigen Frau gefällig ist, bin ich bereit dazu!“ erwiderte George.

„Gefällig ist diesfalls doch nur ein Adjektiv, das allein Ihre Galanterie erfinden konnte,“ sagte sehr rasch Kamilla zu Lehrbach und setzte mit einem bezaubernden Lächeln hinzu: „Ich aber gestehe offen,

daß es mir eine rechte, wahre Freude sein wird, wenn Sie erzählen wollen, Herr Doktor!“

„Gnädigste Baronin!“ sagte Lehrbach mit der Einfachheit, die ihn stets auszeichnete, wenn er vom Herzen frei weg redete, „jetzt erst erzähle ich gern!“

„Stärke Dich vorerst!“ rief Birkhahn und hielt ihm das Kelchglas hin, das der Haushofmeister eben wieder frisch gefüllt hatte.

Die übrigen Diener hatten sich auf Herrn Kohlhammer's Wink zurückgezogen. Warum wohl der weißköpfige Haushofmeister selbst zur Bedienung der Herrschaften im Speisesaal geblieben war? So ganz gegen Herkommen und Gewohnheit! Er mochte auch wohl gerne Lehrbach's Märchen erzählen hören.

George hatte sein Glas langsam ausgetrunken und hub an zu erzählen:

Mirjam und das Glück.

Mirjam war eine Waise.

Die Mutter lag begraben weit drüben im Türkenlande, der Vater wurde von den Wölfen zerrissen, die eingefallen waren eines Nachts in die Herde seines Herrn auf den weiten Pukten längs der Marko.

Die alte Ilka hatte das verwaisete Würmlein aufgenommen in die armselige Behnhütte. Sie war eine Wahrsagerin, ein kluges Weib, das gar heilsame Tränklein zu brauen verstand. Sie liebten sich, die

siebenzigjährige Zita und die fünf Jahre alte Mirjam. Das Kind hieß eigentlich Marie, aber der alte Lajos hatte sein Töchterchen Mirjam genannt, nach der Moslim Art, in deren Land er viel umhergezogen war als ein Krämer, bis die Balkanräuber ihm seinen Karren und die Pferde geraubt und sein Weib erschlagen hatten.

Die alte Zita starb. Mirjam war zur Jungfrau aufgeblüht. Bildschön war sie mit dem schwarzblauen Haar und den Augen wie Karfunkelsteine, dem blaffen Antlitz und den keuschen Formen, die unter dem groben Binnenhemde sich zu wölben begannen.

Nun war Mirjam allein auf der weiten Bukta in der armseligen Lehnhütte, an deren Grundpfähle die gelben Fluthen der Maros schlugen.

Sie saß am Ufer des träge dahinrollenden Flusses und hielt den Kopf mit der Hand auf's Knie gestützt, währenddem um ihre nackten Füße der Maros gelbe Wasser spielten.

„Was soll aus der armen Mirjam jetzt werden?“ fragte sie einen vorbeiflatternden Schmetterling. Dann weinte sie bitterlich.

So saß sie lange da und sann und weinte, bis die Englein im Himmel die ersten Lichter am Firmament anzündeten.

Die Nacht senkte ihren grauen Schleier auf die weiten, flachen Felder und stille ward's ringsum, so stille, daß der Wellen leises Klüstern wie ein fernes Losen rauschte.

Mirjam saß und sann und senkte das müde Köpfchen auf die heftig wogende Brust.

Da leuchtete ein matter Silberstreif am fernsten Horizont, höher stieg der Mond empor und bald glänzte sein aus den Wassern zitterndes Licht um die Wette mit dem feuchten Schimmer um Mirjam's Augen.

Ein leichtes Trippeln schreckte das einsam trauernde Mädchen auf.

„Mirjam!“ klang es wie ein Mahnruf an ihr Ohr.

Sie sprang auf und sah ein steinaltes Mütterlein vor sich, eine graue, klappernde Gestalt, auf einem Krückstock gestützt.

„Mirjam!“ rief die Alte nochmals.

„Was willst Du, armes Mutterle?“ fragte das Mädchen.

„Einen Trunk und ein Lager für meine müden Knochen!“

„Komm in die Hütte,“ antwortete das Mädchen und stützte mit ihren jugendkräftigen Armen die mühsam gehende Alte.

Ein frisches Bündel Maisstroh breitete Mirjam aus über ihr eigenes Lager, der todten Zita Bunda (Schafpelz) darüber und den Thonkrug holte sie von dem Brette, das über der Thüre festgenagelt war.

Das arme Mutterle trank und ließ sich sacken auf das Lager gleiten, Mirjam wickelte sie sorgfältig ein in den Pelz und sagte kindlich traurig: „Schlaf wohl, Mutterle!“

Dann setzte sie sich zu der Alten Füßen auf das Stroh und nickte ein.

Am andern Morgen, als die ersten Lichtstreifen am Firmament sichtbar wurden, nahm Mirjam den Krug und schlich sich leise zur Hütte hinaus. Dann rannte sie feldein bis zu dem Ziehbrunnen, dessen lange Hebestange — ein weit sichtbares, gespenstiges Wahrzeichen — sie erfaßte und den daranhängenden Eimer in die Tiefe schob. Schier wollte ihr die Kraft nicht ausreichen, den mit Wasser gefüllten Eimer wieder emporzuziehen und keuchend hob sich ihre Brust, als sie das schwere Gefäß an den Brunnenrand gezogen hatte. Einen Augenblick ruhte sie, dann füllte sie den irdenen Krug, hob ihn auf ihr Haupt und trug ihn eilends in die Hütte.

Und als der Sonne erste Strahlen am Himmel leuchteten, nahm sie zwei von den gerösteten Maiskolben, die an Drahtschürren querüber in der Hütte hingen und legte sie neben den Thonkrug, den sie neben das Lager der alten Frau gestellt.

Mirjam stand an der Schwelle und klocht ihr blauschwarzes Haar. Das alte Mutterle schlug die Augen auf und sah dem Mägdelein zu. Doch ihr Blick fiel auch auf den gefüllten Krug und die Maiskolben neben ihrem Lager.

Mirjam sang so traurig und das alte Mutterle lauschte. Mirjam's Lied aber lautete:

Der Reiher zieht
Am Ufer hin,
Hoch über ihn
Die Wolke flieht.

Die Sonne scheint
So hell und warm,
In Leid und Harm
Klein Mirjam weint.

Es streicht der Wind
Um Mirjam's Haar,
Ihr Augen klar
Soll Thränen find.

„Mein Herrgott Du,
„Ich bitte Dich:
„Erbarme Dich!
„Gieb Mirjam Ruh!

„Gieb Mirjam Muth
„Und Hüte sie!
„Und laß sie nie
„Aus Deiner Hut!

(Fortsetzung folgt.)

Ämtlicher Theil.

176. Bureauführung.

Verhandelt Berlin, den 10. November 1902, Vormittags 9³/₄ Uhr.

1. Berlin (Erster). Von der im Oktober erfolgten Meldung, daß Mitglied 288 S a m a n n dem Generalrathsbeschuß der 65. Sitzung vom 6. August nachgetommen, hat das Bureau seinerzeit Kenntniß genommen, und wird dies hiermit auf erfolgte Anfrage bekannt gegeben. Eine Zuschrift des Kollegen Samann ist dadurch erledigt. — Die Anfrage betreffs Hilfsfonds-gesuch beantwortet sich durch Einsichtnahme des Protokolls der 175. Bureauführung unter 10.

2. Elbing. Der der Schriftleitung eingesandte Versammlungsbericht ist, als zur Veröffentlichung ungeeignet, aufzunehmen abgelehnt worden und wird dem Generalrath unterbreitet. Ferner ist Kenntniß genommen, daß der Ausschuk die Aemter niedergelegt hat und auch die Revisoren ihrer Posten enthoben zu sein wünschten. Die Revisoren werden angewiesen, eine Neuwahl einzuleiten und durchzuführen; bis zur Erledigung sind die Geschäfte weiterzuführen.

3. Görlitz (Goldarb.) Von einem Schreiben, verschiedene Angelegenheiten behandelnd, ist Kenntnißnahme erfolgt und wird Bescheid, wie gewünscht, schriftlich ergehen.

4. Dem Vorstande ist über mehrere An- und Abmeldungen von Verwaltungsstellen Vorlage zu machen.

5. Berlin V (Nord). Mitglied 878 L a m f r i e d, welches genöthigt war, wegen gröblicher Beleidigung seitens des Arbeitgebers seine Arbeitsstelle zu verlassen, beantragt Rechtsschutz zur Erlangung des ihm kontraktlich zustehenden Gehalts. Der Antrag wird dem Generalrath überwiesen und die Genehmigung empfohlen.

6. Breslau II. In der Klagesache S a b i s c h o/a Gewertverein ist der Kläger abgewiesen worden; das Schreiben des Rechtsanwalts wird dem Generalrath mitgetheilt.

7. Bütow i. B. Dem Mitgliede 10 487 K a u g, welcher von dem Hauswirth Knuth verklagt wurde, wird für die II. Instanz der beantragte Rechtsschutz, vorbehaltlich der Genehmigung des Generalraths, bewilligt.

8. Thorn. Der Bericht des Kollegen B r o s c h e, welcher im Auftrage des Bureaus wegen Ausbleibens der Abschlässe den Ortsverein Osterode besucht hatte, ist dankend zur Kenntniß genommen. Die dafür eingereichte Liquidation anerkannt und dem Schatzmeister zur Begleichung überwiesen. — Von der Meldung einer stattgefundenen behördlichen Kassenprüfung, welche zu Ausstellungen keinen Anlaß gab, ist Kenntniß genommen.

9. Dortmund. Dem Antrage, die Kosten für einen Medner zu einer anberaumten Agitationsversammlung zu bewilligen, wird entsprochen.

10. Quedlinburg. Eine Anfrage in der Krankenangelegenheit des Mitgliedes 4955 S o r n, ist durch die Einsendung des Krankenscheines und des Berichts seitens des Kassirers als erledigt erachtet.

11. Berlin II (Königt.) Dem Mitgliede 8331 L e e s e wird, veranlaßt durch ein Schreiben des Ausschusses, die bewilligte Arbeitslosenunterstützung entzogen.

12. Langensalza. Die Kollegen des dortigen Ortsvereins sind von Seiten der Verbändler im öffentlichen Lokal in gemeinster Weise beschimpft und beleidigt worden. Zu der Anfrage wegen Bewilligung von Rechtsschutz wird der Generalrath Stellung nehmen, wenn der Ausgang des Verfahrens vor dem Schiedsrichter nach hier gemeldet und das Gutachten des Rechtsanwalts vorliegt.

13. Berlin VI (Pianosortearb.) Mitglied 7556 S c h m i d t, das sich nach Meldung der örtlichen Verwaltung nach der Ausgehzeit in einer Restauration aufgehalten hat, wird gemäß des § 12 des Zuschußkassenstatuts, im Namen des Vorstandes in eine Ordnungsstrafe von 15 M. genommen.

14. Stolp. Auf Grund mehrerer Schreiben über den Stand des Streits sah sich das Bureau veranlaßt, den Schatzmeister zu eingehender Untersuchung nach dort zu entsenden. Derselbe berichtet, daß die Verwaltungen der beiden beteiligten Organisationen von der Erfolglosigkeit überzeugt sind. Das Bureau beschließt auf Grund der getroffenen Vereinbarung, die Auszahlung von Streitgeldern vorläufig einzustellen, bis nach Eingang der Liste der abgereiften Kollegen der Generalrath Beschluß gefaßt hat.

15. Berlin (Erster). Bei der Firma M i t t a g - Charlottenburg sind Lohndifferenzen entstanden durch eine am 7. November erfolgte Bekanntgabe, daß von diesem Tage an für das Verlegen von Stab- oder Parquetfußböden eine Erniedrigung des Akkordsatzes eintritt. Die am 10. November gepflogenen Verhandlungen haben zu einer Einigung nicht geführt und sind die Kollegen dieser Branche in den Streit getreten. Von unserem Gewertverein ist Mitglied 288 S a m a n n hierbei beitheilt, diesem ist die Streitunterstützung, beginnend mit dem 10. November, mit 2 M. pro Arbeitstag, bewilligt.

16. Arbeitslosenunterstützung, pro Arbeitstag 1,25 M., ist zu zahlen an: 5985 S c h ö n b e r g - Steilm v. 16. 11. (Beitragsabft. 46. W.); — 7211 R u t h a r d t - Graben v. 2. 11. (Beitragsabft. 42. W.); — 1930 B i l j e h r - Düsseldorf v. 10. 11. (Beitragsabft. 45. W.), mit Einrechnung der in diesem Jahr gezahlten Unterstützung; — 1426 P f l a u m - Bromberg v. 11. 11. (Beitragsabft.

Rechnungs - Abschluß

der Hauptkassen des Gewerkvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen
für das 3. Vierteljahr 1902.

Einnahme	Generalraths-Kasse		Begräbnis-Kasse		Zuschuß-Kasse		Ausgabe	Generalraths-Kasse		Begräbnis-Kasse		Zuschuß-Kasse	
	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.		M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.
An Kassenbestand vom 2. Vierteljahr 1902	424	61	807	84	398	47	Per Zurückgesandte Gelder	6858	—	847	—	4296	50
„ Eingefandte Gelder	16629	43	1737	90	6069	69	„ Unterstützung für Arbeitslosigkeit	2276	25	—	—	—	—
„ Fortübergütung vom Verbands	107	25	—	—	—	—	„ „ für Reisen u. Wanderschaft	509	40	—	—	—	—
„ Bort	—	49	—	—	—	—	„ „ für Ueberfiedelung	433	05	—	—	—	—
„ „Eiche“-Inserate	20	40	—	—	—	—	„ „ bei Aussperrung	7030	—	—	—	—	—
„ Verkaufte Werthpapiere	8697	—	—	—	—	—	„ „ in Nothfällen	185	—	—	—	—	—
„ Zinsen	57	60	—	—	—	—	„ Beitragserlaß	150	14	—	—	—	—
„ Utensilien	5	—	—	—	—	—	„ Bort einschl. Verf. der „Eiche“	895	83	—	—	—	—
„ Reiseunterstützung zurück	13	78	—	—	—	—	„ Drucksachen und Utensilien	780	75	108	—	259	25
„ Ueberfiedelungsbeihilfe zurück	4	25	—	—	—	—	„ Agitation und Reisekosten	1106	55	—	—	—	—
„ Krankengeld zurück	—	—	—	—	95	—	„ Bureau	193	59	—	—	—	—
„ Strafen	—	—	—	—	33	—	„ Gehälter	870	—	210	—	630	—
							„ Entschädigung für Sitzungen	61	50	—	—	—	—
							„ Entschädigung der Generalrevisoren	20	—	6	—	40	—
							„ Satz, Druck und Papier der „Eiche“	2156	25	—	—	—	—
							„ Autorenhonorar	178	10	—	—	—	—
							„ Organ- und Zeitungs-Abonnement	340	54	—	—	—	—
							„ Verbandsbeiträge	417	60	—	—	—	—
							„ Alters- und Invaliditätsvers.-Marken	11	52	—	—	—	—
							„ Rechtsschutz	21	40	—	—	27	55
							„ Gekaufte Werthpapiere	—	—	1024	—	—	—
							„ Zinsen für gekaufte Werthpapiere	—	—	—	—	—	—
							„ Provision und Spesen	15	60	6	60	1	60
							„ Ruhegehälter	240	—	—	—	—	—
							„ Generalversammlung (außerordentl.)	—	—	—	—	1333	45
							„ Ehrung Verstorbener	8	50	—	—	—	—
							„ Zurückgebucht	—	—	43	—	—	—
							Kassenbestand	1200	24	301	14	7	81
Summa M.:	25959	81	2545	74	6596	16	Summa M.:	25959	81	2545	74	6596	16

Vermögen der Hauptkassen	Kautions-Kasse		Zuschuß-Kasse		Generalraths-Kasse		Begräbnis-Kasse		Zuschuß-Kasse		Verfügbarer Fond*)	
	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2 % auf der Reichsbank	—	—	—	—	40 000	—	46 900	—	36 300	—	—	—
„ „ 3 %	—	—	—	—	—	—	10 300	—	7 000	—	—	—
Kassenbestand: { in Werthpapieren	3 100	—	3 200	—	1 500	—	1 900	—	1 600	—	—	—
„ „ Baar	390	78	143	40	1 200	24	301	14	7	81	—	
Summa M.:	3 490	78	3 343	40	42 700	24	59 401	14	44 907	81	432	60

Mitgliederzahl: Gewerkverein: 7210. Begräbniskasse: 2035. Zuschußkasse: 4100.

Berlin, 1. Oktober 1902.

E. Gafner, Schatzmeister.

A. Marzilger, A. Günther, G. Mühle, Generalrevisoren.

46. W.), mit Einrechnung der seit Mai d. J. erhaltenen Unterstützung; — 239 Ritter-Berlin (Erster) v. 13. 11. (Beitragsabst. 46. W.), mit Einrechnung der seit Dezember 1901 erhaltenen Unterstützungen; — Nur Beitragsabstempelung erhalten 9479 Kuprecht-Augsburg von der 45. Woche; — 8879 Roffz-Stolpmünde von der 46. Woche an.

17. In Arbeit: 7809 Frieße am 3. 11. und 7919 Blum durch Krankmeldung? beide Graudenz; — 4562 Mühl-Nürnberg I am 3. 11.; — 7687 Westphal-Bromberg am 3. 11.; — 7179 Jähne-Görlitz I am 6. 11.; — 3027 Heinecke-Halle ausgesteuert am 2. 11. und 3052 Hübner-Halle am 9. 11.; auf Antrag des Ausschusses 11 176 Heuger-Fürth am 3. 11.; — 6367 Gögge-Barmen durch Abreise am 1. 11.; — als bisher im Streit befindlich 512 Lehmann-Stolp am 3. 11.; — 488 Reimer-Stolp und 537 Albrecht-Stolp am 10. 11. 1902.

Schluß 1 Uhr Nachm.

Das Bureau.

A. Wahlte,
Voritzender.

E. Gafner,
Schatzmeister.

P. Dambach,
Generalsekretär.

Bekanntmachung.

Die geehrten Ausschüsse sämtlicher Ortsvereine werden hierdurch aufgefordert, die laut § 11 des Gewerkvereinsstatuts vorgeschriebene und im § 19 und folgenden der Geschäftsordnung erläuterte, im Dezember jeden Jahres vorzunehmende Ausschlußwahl vorzubereiten und dieselbe rechtzeitig durch die Ortsvereins-Versammlung vornehmen zu lassen.

Für diejenigen Ortsvereine, für welche eine Verwaltungsstelle der Zuschußklasse errichtet ist, deren Verwaltung gleichfalls alljährlich im Dezember laut § 17 des Zuschußklassenstatuts durch die Mitglieder-Versammlung gewählt werden muß, schreibt der § 19 der Geschäftsordnung vor, daß der für den Ortsverein gewählte Ausschuß „gleich-

zeitig die Verwaltung der Verwaltungsstelle der Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse bildet“; demzufolge ist diese Wahl im Anschluß an die Ortsvereins-Versammlung, in welcher der Ausschuß gewählt worden ist, in einer Mitglieder-Versammlung der Verwaltungsstelle, unter Berücksichtigung dieser Bestimmung, vorzunehmen.

Sofort nach den vollzogenen Wahlen sind die Namen der Gewählten nebst deren genauen Adressen auf dem der Nr. 45 der „Eiche“ beigelegten Formular zu verzeichnen und das vollständig ausgefertigte Formular dem Bureau des Gewerkvereins (Berlin O., Münchebergerstr. 15, II) einzuschicken.

Die Wahlen müssen so frühzeitig erfolgt sein, daß dieses ausgefertigte Formular sofort nach der Wahl, spätestens jedoch den 24. Dezember d. J., zu Händen des Bureaus gelangt, damit das Adressverzeichnis rechtzeitig fertig gestellt werden und namentlich auch die wöchentliche Versendung der „Eiche“ ohne Unterbrechung an die richtige Adresse erfolgen kann.

Der Generalrath und Vorstand erwarten mit Bestimmtheit, daß die Mitglieder nur solchen Genossen die Vertrauensämter übertragen werden, die auch mit allem Ernste gewillt sind, ihres Amtes während ihrer Wahlperiode in thätiger und entsprechender Weise zu walten, damit Ergänzungswahlen möglichst vermieden werden; ferner wird noch hinsichtlich der Wahl der Kassierer insbesondere auf den § 23 der Geschäftsordnung hingewiesen, mit dem Bemerkten, daß der Generalrath und der Vorstand ohne Unterschied nur solchen Genossen, welche die im § 23 der Geschäftsordnung vorgesehene Kautions hinterlegt haben, die Bestätigung ertheilen kann und wird.

Laut § 19 d des Gesetzes und § 21 Abs. 2 des Zuschußklassenstatuts ist die Verwaltung jeder Verwaltungsstelle verpflichtet, der Aufsichtsbehörde ihres Sitzes von jeder Veränderung in der Verwaltung Anzeige zu machen; demzufolge muß, sobald die Neuwahlen vom Vorstände bestätigt sind, sofort, spätestens aber in drei Tagen, an die örtliche Aufsichtsbehörde der Stadt, Ort oder Bezirk eine besondere Meldung erfolgen, in welcher genau der Name, Stand und Wohnung nebst Amtsbezeichnung der Neugewählten anzugeben sind;

jedoch ist es nur erforderlich, den neugewählten Vorsitzenden, Sekretär und Kassirer in diesem Schriftstück zu melden.

Für Berlin sind die Meldungen „An den Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin, Abth. IIa, Zimmer 280“ zu adressiren.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Unterlassung der Meldung an die Behörden strafbar ist, die Kasse kommt jedoch für die etwa verhängten Strafen nicht auf.

Für den Generalrath und Vorstand:

N. Bahlke,
Vorsitzender.

E. Gafner,
Schatzmeister.

P. Bambach,
Generalsekretär.

Bekanntmachung.

Die der Nr. 45 der „Eiche“ beigelegten Formulare zur Zahlung der arbeitslosen Mitglieder in unseren Ortsvereinen sind für den 15. November sorgfältig auszufüllen; in den Ortsvereinen, wo keine arbeitslosen Mitglieder, sind dennoch diese Listen mit dem Namen des Vereins und der Mitgliederzahl versehen, ungesäumt im offenen Couvert, mit 3 Pf.-Marke beklebt, an den Generalsekretär P. Bambach, Berlin O. 17, Münchebergerstr. 15, einzusenden.

Die gleichfalls der Nr. 45 beigelegten Formulare für die Wahlen des Ausschusses wie der Revisoren sind sofort nach der Wahl in vollständiger Ausfertigung an unseren Generalsekretär P. Bambach einzusenden.

Für die Herren Ortssekretäre und Ortskassirer liegt dieser Nr. 46 der „Eiche“ die „Amtliche Beilage“ bei, enthaltend die Nummern der eingetretenen als auch gestrichenen Mitglieder.

Das Bureau.

Berichtungen.

November.

- Aachen.** 22. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Roberg, Rennbahn 2. Beitrag., Gesch.
- Augsburg.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffee-Rational“. Gesch., Versch.
- Barmen.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, im „Nest. Hammerle“, Unterdörner- und Schafbrückenstr.-Ecke. Beitrag.
- Berlin (Erster).** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Wahl des Ausschusses, der Revisoren, des Vorortvertreter und des Bibliothekars; Ausgabe der Billets zum 34. Stiftungsfest. — Am 20. Dezember: Lichtbildervortrag.
- Berlin (Königst.).** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Herbstkränzchen in Fiebig's Salon, Gr. Frankfurterstr. 26. Eintrittskarten beim Kassirer.
- Berlin (Moabit).** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. zur Stadt Liegnitz“, Alt-Moabit 77, Ecke Jagowstr. Gesch., Beitrag., Versch.
- Berlin (West).** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gr.-Görtschenstr. 29. Beschluffassung über Extrabeiträge. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
- Berlin (Nord).** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch., Beitrag.
- Berlin VI (Pianofortearb.).** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpnickstr. 158 im Hof. Gesch., Beitrag. — Leipziger Musikinstrumentenztg. liegt aus.
- Berlin VII (Modell- u. Fabriktschl.).** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Chausseest. 72. Gesch., Beitrag., u. A.
- Berlin.** 20. Abds. 8 Uhr, Grünstr. 20, Sitzung der Vorortskommission. Beschluffassung über die eingegangenen Beschlüsse über Extrabeiträge unserer Ortsvereine, Versch.
- Berlin.** Jed. Donnerstag, Abds. 9 Uhr, Übungsst. d. Sängerkorps d. Deutschen Gewerbevereine (S.-D.) im „Nest. Noack“, An der Stralauerbrücke 2a.
- Berlin.** Theater-Verein „Eiche“. 21. Abds. 9 Uhr, Sitzung b. Wolfsläger, Adalbertstr. 21.
- Beuthen.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Beuthener Bürgergarten“, Al. Blodnikstr. 4. Gesch., Beitrag., u. A.
- Bredow.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. in der „Bredower Brauerei“. Gesch., Vortrag des Herrn Dr. Michaelis-Stettin. Freunde und Verbandsgenossen herzlich willkommen.
- Breslau (Tischler).** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Wüttnerstr. Gesch., Versch.
- Bromberg.** 16. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Wicher, am Fischmarkt. Beitrag., Versch.
- Bruchsal.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Einhorn“. Beitrag., Gesch.
- Bitow.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Dumröse, am Markt. Gesch., Beitrag.
- Charlottenburg.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Samusef, Windscheidstr. 29. Beitrag.
- Cöln a. Rh.** 23. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Schöffer“, Höhepforte 8, I. Vortrag des Gen. Schumacher-Düsseldorf; Versch.
- Danzig.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstädt. Graben 9. Gesch., Beitrag.
- Dirschau.** 23. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Deutschen Kaiser“. Beitrag., Versch.
- Dortmund.** 30. Vorm. 11 Uhr, Vers. im „Nest. Bromberg“, Westenhelweg 120. Beitrag., Gesch., Versch.
- Dresden.** 16. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Frauentstr. 12, I. Beitrag., Gesch.
- Düsseldorf.** 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schumacher, Immermannstr. 88a.
- Duisburg.** 23. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Hasenkamp, Friedr. Wilhelmstr. 16. Gesch., Beitrag., Versch.
- Elberfeld.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Nest. z. Cölnener Wappen“, Kaiserstr. 8. Beitragzahl. — Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, Abds. 9 Uhr, Diskussionsstunde.
- Elbing.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gewerbehaus“. Beitrag., Versch.
- Eulau.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. bei Gärtler. Gesch., Beitrag., Versch.
- Freiburg.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. grünen Baum“. Beitrag.
- Friedenshütte.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Guttmann in Eintrachthütte. Beitrag., Gesch., Versch.

- Gleiwitz.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum gelben Hirsch“, Fabryer Chaussee. Gesch., Beitrag., Versch.
- Gögglingen.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. rothen Ochsen“. Versch.
- Görlitz (Tischl.).** 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Stadt Pilsen“, Obermarkt. Gesch., Beitrag., Versch.
- Görsch.** 16. Nachm. 5 Uhr, Vers. in „Helm's Restaur.“. Gesch., Beitrag.
- Graudenz.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gesellschaftshaus“, Grabenstr. 10.
- Gumbinnen.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. Darkehmerstr. 41. Beitrag., Versch.
- Hagen.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Haarmann, Wehringhauserstr. 39. Versch.
- Halle.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Stadt Magdeburg“, Martinsstr. 9. Beitrag., Gesch., Ausschuhwahl. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.
- Hirschberg.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. goldenen Löwen“. Gesch.
- Jena.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, im „Kaffeehaus“. Beitragzahlung.
- Kall.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Haupt, Viktoriastr. 73. Beitrag., Versch.
- Karlruhe.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. König v. Preußen“, Adlerstr.
- Kattowitz.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Kagel's Gesellschaftshaus“, Grundmannstr. 21. Gesch., Beitrag., Versch.
- Landsberg I.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Neumann, Paradeplatz. Versch.
- Landsberg II.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Berbe, Priesterstr. 9. Gesch., Beitrag.
- Langenbielau.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Adam. Gesch., Beitrag., Versch.
- Langenöls.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. bei Pfeiffer. Gesch., Beitrag., Versch.
- L. Lindenau.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Hönsch's Saalbau“, Sägenerstr. 14.
- Leipzig-Ost.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Nest. z. Kohlgarten“, Kronprinzenstr.
- Piegnitz.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. weißen Roß“, Kohlmarkt 22. Gesch., Beitrag., Versch.
- Pöbau.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Morgenstern“. Beitrag., u. A.
- Manheim.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Nest. z. Pfalzgraf Ludwig“, R. 19.
- Mülheim (Ruhr).** 16. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. König, Charlottenstr. Beitrag.
- Nowawes.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Lucht, Wilhelmstr. 24. Beitrag.
- Patschkau.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. weißen Roß“. Gesch., Beitrag.
- Pfersee.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Johannesbad“. Beitrag., Versch.
- Plettenberg.** 16. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Weitermann. Gesch., Beitrag.
- Posen.** 16. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Flechtmann, Wasserstr. 27. Gesch., Beitrag.
- Rixdorf.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Herrmannstr. 199. Gesch., Beitrag.
- Rudolstadt.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Danz.“. Gesch., Beitrag.
- Sprottau.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berge“. Beitrag., Gesch.
- Staffurt.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Kalle, Güstenerstr. 3. Gesch., Versch.
- Stettin I.** 16. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Laubde, Louisenstr. 18. Beitrag., u. A.
- Stolz.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Duggert, Synagogenstr. Beitrag., Versch.
- Striegau.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrag.
- Ulm.** 15. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. Steinhof“. Beitrag., Diskussionsst.
- Weißensee.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schomburg, Langhansstr. 143. Versch.
- Wetter.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Pütter. Gesch., Beitrag. — Anschl. gemüthliches Beisammensein; vollzähl. Erscheinen erwartet.
- Wismar.** 15. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Lindenhof“. Beitrag., Gesch.

Orts- und Medizinalverbände.

- Berlin und Vororte (Medizinalverband).** Sonntag, 16. Novbr., Vorm. 9 1/2 Uhr, Ohmstr. 2, Generalversammlung.
- Halle (Ortsverband).** Sonntag, 16. Novbr., Nachm. 4 Uhr, Versammlung mit Damen in der „Börsehalle“, Neue Promenade. Vortrag des Frl. Kaufmann-Hamburg: „Was ist und was will die Frauenbewegung?“ Alle Mitglieder des Ortsvereins der Tischler werden ersucht, mit ihren Damen vollzählig zu erscheinen.
- Schwelm (Ortsverband).** Sonntag, 23. Novbr., Nachm. 5 Uhr, Versamml. bei G. Thölen, Mittelstr.

Anzeigen.

Für eine leistungsfähige, in der Provinz gelegene Holz-Spielwaaren-Fabrik wird für bald od. später ein tüchtiger energischer

Werkmeister,

der schon in ähnlicher Stellung thätig war, gesucht. Derselbe muß sowohl Drechsler- als Tischlerarbeiten verstehen und neue Entwürfe machen können. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche sub P. W. 834 an Jaansenstein & Vogler A.-G., Leipzig.

Ortsverband Sprottau.

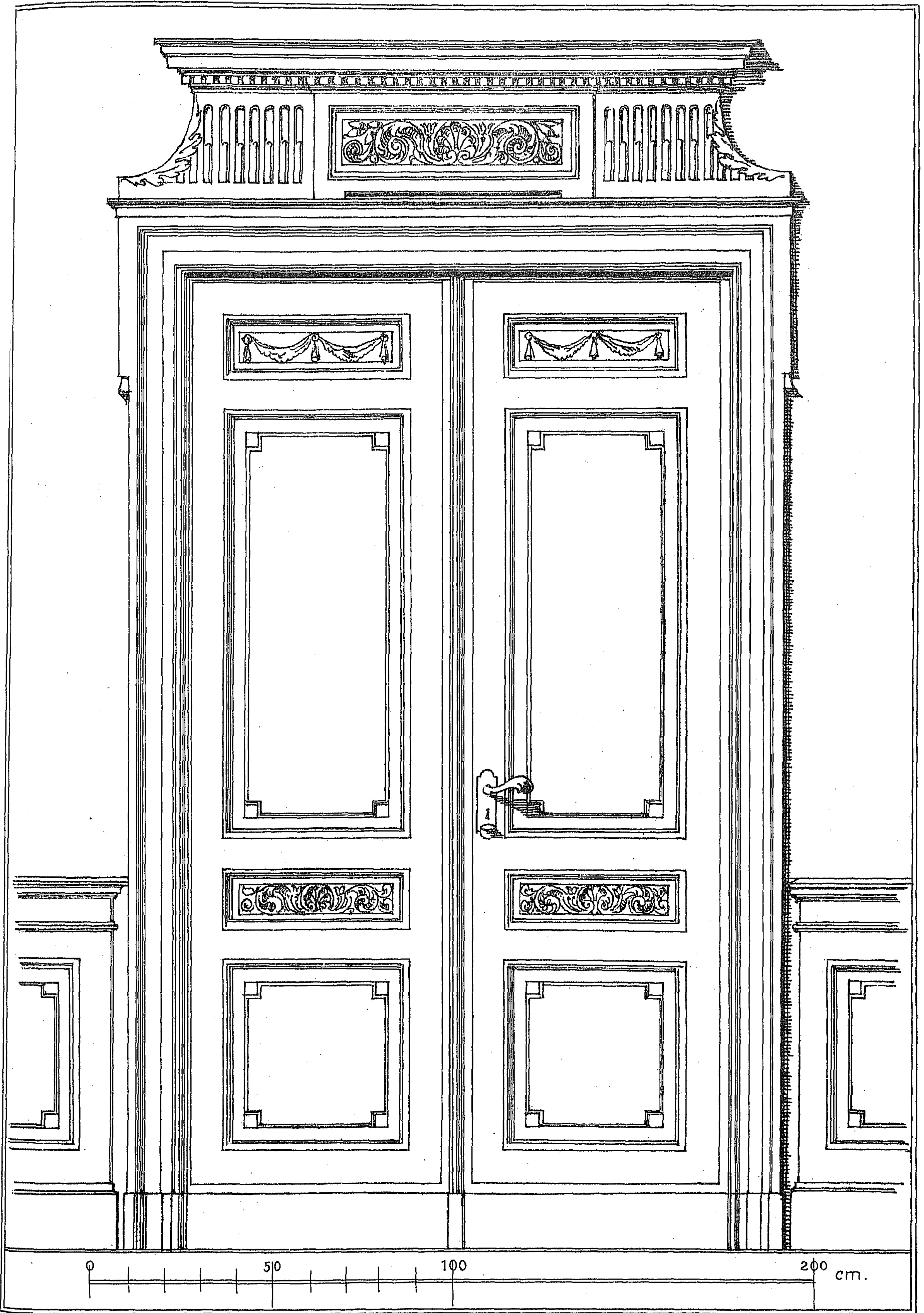
Durchreisende Genossen erhalten die Verbandsunterst. von 75 Pf. in Naturalien in der Herberge zur Heimath. Genossen, die keinen Ortsverein ihres Berufes am Orte haben, erhalten 50 Pf. beim Ortsverb.-Kass. Gen. Kadzei, Katholischer Kirchplatz.

Patent-Bureau
Richard Lüders
Görlitz + + | Berlin NW. 7
Mühlweg 13. | Mittelstr. 24.
Gegründet 1874.

Der Arbeitsnachweis
des Ortsv. der Tischler und verw. Berufsgen. zu Graudenz befindet sich Bischofstr. 6. Sprechst. Mittags 12—1, Abds. von 7—8 Uhr. — Durchreisende Genossen erh. Mittagessen und Nachklogis.

Halle. Der Arbeitsnachweis des Ortsvereins der Tischler befindet sich b. L. Taube, Leipzigerstr. 94.

Rathenow. Durchreisende Mitglieder erh. eine Unterst. von 50 Pf. beim Ortsverbands-Kassirer Herrn Krummrei, Fehrbellinerstr. 4.



Zimmerthür.